

## **PRESSEMITTEILUNG**

### ***Stellungnahme des Verbands Griechischer Gemeinden in Deutschland (OEK) zum tödlichen Angriff auf einen Zugbegleiter bei Kaiserslautern***

Der tödliche Angriff auf einen Zugbegleiter im Raum Kaiserslautern hat bundesweit Trauer, Entsetzen und Fassungslosigkeit ausgelöst. Auch der Verband Griechischer Gemeinden in Deutschland (OEK) ist tief erschüttert über diese abscheuliche Gewalttat.

Der 36-jährige Zugbegleiter, zweifacher Familienvater, wurde brutal attackiert und kam bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit ums Leben, während er lediglich seinen Dienst ausübte. Er hat nichts anderes getan, als Regeln durchzusetzen und für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, Aufgaben, ohne die unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht bestehen kann. Dass ein Mensch, der Verantwortung für andere übernommen hat, dafür mit dem Leben bezahlen musste, ist unerträglich und erschütternd. Diese Tat ist nicht nur ein persönliches Verbrechen, sondern ein Angriff auf den Respekt vor Arbeit, auf staatliche Ordnung und auf die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Der Verband Griechischer Gemeinden in Deutschland trauert um das Opfer dieses unfassbaren Verbrechens und verurteilt den brutalen Mord aufs Schärfste. Für eine solche Tat gibt es keine Rechtfertigung, keine Entschuldigung und keinen Raum für Relativierung. Wer einen arbeitenden Menschen während seines Dienstes zu Tode schlägt, überschreitet eine Grenze, was eine Gesellschaft niemals hinnehmen darf. Ein solcher Akt richtet sich nicht nur gegen ein einzelnes Leben, sondern gegen die Würde des Menschen und die Grundwerte unseres friedlichen Zusammenlebens.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, insbesondere den Kindern und der Familie des Verstorbenen, sowie seinen Kolleginnen und Kollegen. Es vermag ihren Schmerz nicht zu lindern, doch möchten wir ihnen versichern: Sie sind in dieser schweren Stunde nicht allein. Zahllose Menschen nicht nur in Ludwigshafen, in ganz Deutschland und darüber hinaus trauern mit Ihnen.

Wir appellieren eindringlich an Politik und Gesellschaft, Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im Arbeitsalltag entschieden entgegenzutreten und alles zu tun, um Sicherheit, Respekt und Menschlichkeit zu schützen.

Köln, 08 Februar 2026